

Geschlechterverhältnisse der Krise und ihrer Bewältigung

Statement zum Umgang mit der Corona-Pandemie vom 05.05.2020

Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der DGfE

Die Corona-Krise betrifft pädagogische Tätigkeitsfelder in besonderem Maße und bedarf daher einer erziehungswissenschaftlichen Interpretation. Verschiedene Sektionen der DGfE haben sich dazu bereits positioniert. Aus der Perspektive der erziehungswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung ergeben sich einige über die bisherige Diskussion (die hier nicht wiederholt werden soll) hinausgehende Aspekte und vor allem weitergehende offene Fragen, für deren Berücksichtigung in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte die Sektion 11 eintritt. Insbesondere die aktuell hervortretende Bedeutung von Sorgetätigkeiten erinnert daran, dass ein zukunftsfähiger gesellschaftlicher Umgang mit der Krise auch einer Gestaltung des Geschlechterverhältnisses bedarf.

- In der gegenwärtigen Situation tritt Reproduktionsarbeit aus ihrer in der feministischen Theoriebildung kritisierten Unsichtbarkeit und Marginalisierung heraus. Tätigkeiten in Gesundheitswesen oder in Lebensmittelversorgung, aber auch häusliche Pflege werden plötzlich als „systemrelevant“ eingestuft. Gleichzeitig sind Menschen – vor allem Frauen¹ –, die auf diese Weise Verantwortung für andere übernehmen, mangels geeigneter Schutzmaßnahmen einem überproportional hohen Risiko ausgesetzt und weiterhin schlecht bezahlt. Einmalige Bonuszahlungen werden der grundlegenden und dauerhaften Bedeutung dieser Tätigkeiten nicht gerecht. Aus der Perspektive von Frauen- und Geschlechterforschung kann das nur bedeuten, dass die Debatte um Sorgearbeit neu geführt werden muss, und zwar weit über Fragen von Sichtbarkeit oder öffentlicher Wertschätzung hinaus.
- Die geschlechterpolitische Strategie der Verlagerung von Kinderbetreuung und Pflege alter Menschen in öffentliche Institutionen und die Kommodifizierung von Sorgetätigkeiten ist unter den Bedingungen der Pandemie in die Krise geraten. Aufgaben der Pflege, Betreuung, Erziehung und Bildung werden an die Kernfamilie zurückverwiesen und dort ebenso überproportional von doppelt belasteten Frauen übernommen. Darin zeigt sich, dass der zweifellos notwendige Ausbau von Pflegeeinrichtungen, Kitas und Ganztagschulen noch lange keine Geschlechtergerechtigkeit herstellt. Es muss vielmehr grundlegend gefragt werden: Wie können Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern so verteilt und gestaltet werden, dass auch im Krisenfall die Sicherung von Sorge füreinander nicht auf Kosten von ohnehin Benachteiligten geht?

¹ „Frauen“ wird hier als eine soziale Kategorisierung verstanden, die Menschen spezifischen Formen von Diskriminierung und Gewalt aussetzt, auch unabhängig davon, wie sie sich selbst identifizieren. Die Problematik einer umstandslosen Subsumierung unter „Frauen“ ist uns bewusst und der Notwendigkeit einer Zuspitzung geschuldet.

- Die Pandemie rückt Verdrängtes ins Bewusstsein: Auch die Regionen der Welt, die menschliches Leben als kontrollierbare Ressource betrachteten, sind zurückgeworfen auf den Körper und seine Reproduktion. Feministische Theorie und Politik haben wiederholt eine Wissenschaft, Ökonomie und Technik angeprangert, die sich zu Handlangern der Ausbeutung und Zurichtung von Leben machte. Die Sorgetätigkeiten, die Gesellschaft biologisch, sozial und kulturell erhalten und erneuern, wurden in der Vergangenheit wiederholt Maßstäben der sogenannten produktiven Sphäre unterworfen. Pädagogik und Erziehungswissenschaft können dazu beitragen, dass hier aus der Erfahrung der Krise neue Verhältnismäßigkeiten gesetzt werden.
- Jahrzehntelang erhielten frauenbewegte Forderungen nach besserem Schutz vor (sexualisierter) häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder wenig gesellschaftliche und staatspolitische Aufmerksamkeit. In der gegenwärtigen Krise wird die häusliche Sphäre zum Schutzraum gegen die Pandemie, gleichzeitig intensiviert sich die Bedrohung durch häusliche Gewalt. Derzeit wird der Schutz von Frauen und Kindern als Argument herangezogen, um wieder zu einer vermeintlichen Normalität, einem *business as usual*, ‚zurückzukehren‘. Damit wird vermittelt, die vermeintliche vorhergehende ‚Normalität‘ sei ein Schutz für Frauen und Kinder, obwohl Gewalt gegen sie durchaus bereits im Bestehenden ausgeübt wird.
- Die aktuelle Diskussion um eine Lockerung der Maßnahmen zum Infektionsschutz setzt eine angenommene vorhergehende Normalität voraus, die es zurückzuerlangen gelte. Diese Normalität ist jedoch bereits Bedingung der Krise, wie sie sich ereignet. Ausgehend von der feministischen Utopiebildung ließe sich fragen: Wie könnten eine Gesellschaft und ihr Geschlechterverhältnis aussehen, in denen Sorgetätigkeiten als gesellschaftstragende gemeinsame Aufgabe aller realisiert werden? Wie könnte die reproduktive Sphäre nach ihrer Eigenlogik gestaltet werden, statt einer profitorientierten Logik der Verknappung unterworfen zu werden? Wie kann das Leben aller global und über die Generationen hinweg erhalten werden, ohne Gruppen gegeneinander auszuspielen?

Ein gesellschaftliches Lernen aus der Pandemie wird von vielen Seiten gefordert. Häufig steht dabei jedoch eine Konservierung von Strukturen im Vordergrund, deren Funktionieren Menschen aufgrund ihrer (nicht nur) geschlechtlichen Positionierung unterschiedlich vulnerabel macht. Das Anliegen wissenschaftlicher Reflexion muss es sein, die Erkenntnisse aus der Krisenerfahrung „systemrelevant“ werden zu lassen.

Im Namen des Vorstands der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung
Antje Langer (Vorsitz), Claudia Mahs, Christine Thon und Jeannette Windheuser